

PRESSEMITTEILUNG

Saarländischer Städte- und Gemeindetag: Hände weg von der kommunalen Wasserversorgung

Das Präsidium des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT) hat sich in einer Resolution entschieden gegen die Unterwerfung der kommunalen Wasserversorgung unter die Binnenmarktregeln und damit unter die EU-weite Ausschreibungspflicht ausgesprochen, die letztlich zur Privatisierung dieses äußerst sensiblen Bereichs der Daseinsvorsorge führen würde. Die saarländischen EU-Parlamentarier sowie Bundes- und Landesregierung werden nachdrücklich aufgefordert, im weiteren Entscheidungsprozess zur entsprechenden EU-Konzessionsrichtlinie vehement für die Herausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich dieser Richtlinie einzutreten.

„Die kommunalverantwortete Wasserwirtschaft gewährleistet eine sichere Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen“, erklärte der Präsident des SSGT, Oberbürgermeister Dr. Alfons Lauer, Merzig. Dieser bislang von allen Bürgerinnen und Bürgern als selbstverständlich empfundene Standard sei aber in Gefahr, wenn privaten, gewinnorientierten Anbietern der Zugang zu den regionalen und örtlichen Wassermärkten eröffnet würde. „Wer den hohen technischen, qualitativen und bürgernahen Standard der Trinkwasserversorgung in Deutschland auch für künftige Generationen erhalten will, braucht leistungsfähige kommunale Wasserversorger“, bekräftigt der Völklinger Oberbürgermeister und Stellvertretende Präsident des SSGT, Klaus Lorig. Diese könne es aber nur geben, wenn die Städte und Gemeinden auch weiterhin in der Organisation der örtlichen Trinkwasserversorgung frei blieben und nicht zur Ausschreibung gezwungen würden. Die jüngst von EU-Binnenmarkt-Kommissar Michael Barnier vorgeschlagene Beschränkung des Anwendungsbereichs der Konzessionsrichtlinie genüge diesen Erfordernissen nicht.

Deshalb, so Dr. Lauer und Lorig weiter, begrüße und unterstütze der SSGT auch die Zielrichtung der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!“ (www.right2water.eu/de), durch die engagierte europäische Bürgerinnen und Bürger die Privatisierung der Wasserversorgung verhindern wollten.

Saarbrücken, den 15. März 2013